

Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

mit der Verabschiedung des Aktionsplans für Akzeptanz und gleiche Rechte 2015 (noch unter Regie der damaligen Sozialministerin Katrin Altpeter) haben wir Baden-Württemberg ein neues und tolerantes Gesicht gegeben.

Wir haben gezeigt, dass wir es mit der Gleichstellung von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuelle, transgender, intersexuellen und queeren Menschen (Kurz LSBTTIQ) ernst meinen.

Wir Grüne in Baden-Württemberg stehen für eine offene und vielfältige Gesellschaft, in der jede und jeder diskriminierungsfrei leben kann

Es ist ein Gewinn für die gesamte Gesellschaft, wenn Menschen in Baden-Württemberg selbstbestimmt und diskriminierungsfrei leben können.

Deshalb hat sich die jetzige Landesregierung 2016 in ihrem Koalitionsvertrag auch zu dem Ziel bekannt, die Öffentlichkeit für das Recht auf Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung zu sensibilisieren - und Ausgrenzung und Benachteiligung entgegenzuwirken.

Dafür hat die grünregierte Landesregierung auch die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen und den Aktionsplan bereits seit dem Doppelhaushalt 2018/2019 regulär im Landeshaushalt verankert.

Gemeinsam mit dem 2012 gegründeten Netzwerk LSBTTIQ, ein überparteilicher Zusammenschluss von in der Zwischenzeit 140 Gruppen, Vereinen und Initiativen, wurde in einem großen Beteiligungsprozess 2015 der Aktionsplan verabschiedet.

Hierzu wurde eine Onlinebefragung zur Lebenssituation von LSBTTIQ-Menschen in Baden-Württemberg durchgeführt, fast 2300 Menschen haben daran teilgenommen.

Hierbei hat sich gezeigt, dass immer noch viele LSBTTIQ-Menschen aufgrund ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identität schlechte Erfahrungen an ihrem Arbeitsplatz gemacht haben.

Die Diskriminierungen reichten von Getuschel über Ausgrenzung bis hin zu körperlicher Gewalt

Mehr als 10 Prozent der Befragten hatten zudem erklärt in den vergangenen fünf Jahren mindestens einmal Opfer von körperlicher oder seelischer Gewalt geworden zu sein.

Erschreckend war auch, dass nur 35 Prozent der Gewaltopfer sich an Polizei und Justiz wenden.

Und ganz klar wünschten sich die Befragten mehr Aufklärung in der breiten Öffentlichkeit und in der Schule.

Liebe K+K, Vielfalt muss selbstverständlich sein – und es muss auch selbstverständlich sein, dass LSBTTIQ Menschen dazu gehören.

Natürlich hat sich vieles im Leben der queeren community zum Guten verändert – Zeichen dafür sind die Öffnung der Ehe für Alle, die offen homosexuell lebenden Paare in Politik, Kultur und Wirtschaft, oder jetzt auch die Vereidigung der ersten trans -Ministerin in Belgien.

Allerdings ist es auch heute in der Realität noch so, wer nicht der klassischen Vorstellung von Sexualität und Geschlecht entspricht, braucht viel Mut- wer anders ist - erlebt Diskriminierung – sowie Petra de Sutter von den Rechtsextremisten schon am ersten Tag ihrer Vereidigung als Ministerin aufs übelste beschimpft wurde.

Deshalb müssen wir alle – alle demokratischen Parteien diesen homophoben rassistischen beleidigenden Kommentaren und Aussagen der Rechtsextremisten entgegentreten.

Auch mit der Ehe für Alle ist Diskriminierung noch nicht beendet – so wurde leider das Abstammungsrecht nicht geändert, was bedeutet, dass Zwei – Mütter-Ehen nach wie vor benachteiligt sind - auch das Adoptionshilfegesetz, das gott sei dank im Bundestag nun gescheitert ist , hätte für Frauenpaare und ihre Kinder eine drastische Verschlechterung bedeutet.

An dieser Stelle möchte ich mich dafür sehr herzlich beim Sozial- und Integrationsminister Manne Lucha bedanken, der sich sehr dafür eingesetzt hat, das das Adoptionshilfegesetz im Bundesrat gescheitert ist und in den Vermittlungsausschuss verwiesen wurde.

Liebe K + K,

im Jahr 2019 gab es 564 politisch motivierte Straftaten auf Grund der sexuellen Orientierung – das sind 60% mehr als im Jahr zuvor.

Das finde ich sehr besorgniserregend – und zeigt, dass es notwendig ist auf allen Ebenen dagegen vorzugehen.

Fachkräfte müssen wissen wie sie reagieren, wenn auf dem Schulhof, am Arbeitsplatz oder auch auf offener Straße Menschen diskriminiert werden. Dafür brauchen wir gut ausgebildete Pädagog*innen und Berater*innen.

Neben der gesellschaftlichen Sensibilisierung- und Aufklärungsarbeit für LSBTTIQ-Menschen sind verlässliche Strukturen dringend notwendig

Ein großer Erfolg des Aktionsplans ist daher der Aufbau eines professionellen landesweiten Beratungsangebots.

Heute existieren im Land 16 Beratungsstellen, die die Menschen bei ihren Fragen, Sorgen und Ängsten rund um ihre sexuelle Orientierung und Identität unterstützen.

So können sie es auch im vorliegenden Gesellschaftsreport BW nachlesen, den die Familienforschungsstelle beim Statistischen Landesamt in Auftrag gegeben hat – (beider Antwort auf Frage 1 wird darauf verwiesen.)

Eine Beratungsstelle möchte ich noch besonders ansprechen, da sie bis jetzt einzigartig ist, das ist die Beratungsstelle TTI – Beratung zur Transsexualität, Transgender und Intersexualität in Ulm.

Wie sie am Montag oftmals in der Presse lesen konnten, ist dies ein Thema das viele Jugendliche umtreibt – eine professionelle Anlaufstelle dafür zu haben, für die Jugendlichen,. Für die Partner*innen und für die Eltern ist oftmals überlebensnotwendig.

Der Aktionsplan hat das Ziel querschnittsübergreifend zu arbeiten, dh so wie alle Fraktionen im Beirat beteiligt sind, so nehmen auch Vertreter*innen aller Ministerien teil.

Lassen sie mich drei Beispiele herausgreifen:

Innenministerium: - Beispielsweise werden seit Einführung des Aktionsplans jährlich ca 1500 – 1800 Auszubildende bei der Polizei und ca 300 bei der Justiz über LSBTTIQ-Themen informiert und fortgebildet - an dieser Stelle ganz herzlichen Dank an Velspol, den Verbands schwul-lesbischer Polizist*innen, die diese Fortbildungen durchführen.

Kultusministerium: Wir haben im Bildungsplan 2016 die Leitperspektive „Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt“ verankert. Wir Grüne wollen diese Leitperspektive weiter stärken und die Sichtbarkeit sexueller Vielfalt in den Bildungsplänen erhöhen – oder überhaupt erstmal sichtbar machen. Leider ist es bisher nicht gelungen didaktisches Material, eine Handreichung oder ausreichend Fortbildungen anzubieten- da muss das Kultusministerium dringend noch einen Zahn zulegen.

Im Bereich vom Wissenschaftsministerium sind wir im Bereich historische Aufarbeitung der Verfolgung und Repression homosexueller Menschen vor und nach 1945 durch den §175 wir ein gutes Stück weitergekommen.

Das Forschungsprojekt wird an der Universität Stuttgart in Kooperation mit dem Institut für Zeitgeschichte sowie der Bundesstiftung Magnus-Hirschfeld durchgeführt.

Neu hinzugekommen ist jetzt zur Schließung der Forschungslücke ein Projekt über die Verfolgung lesbischer Frauen im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit.

L k + k,

Sie sehen, dass es uns über den Aktionsplan und das Netzwerk gelungen ist verbindliche Strukturen zu schaffen. Dazu haben viele beigetragen, viele Aktive in den communities, Gruppen, Organisationen und Vereinen – sie gestalten durch ihr Engagement und ihre Sichtbarkeit Baden-Württemberg bereits gleichstellungspolitisch gerechter und fördern den Vielfaltsgedanken.

An dieser Stelle möchte ich mich bei all den Aktiven aus den 140 Initiativen und allen , die seit Jahrzehnten ehrenamtlich daran arbeiten, dass Baden-Württemberg vielfältig und bunt ist ganz herzlich bedanken.

Auch bedanken bei den Mitarbeitenden und natürlich auch dem Minister aus dem Sozial- und Integrationsministerium für ihre wichtige Arbeit – und auch, dass sie im letzten Jahr das Aktionsjahr 2019 „Für Akzeptanz und gleiche Rechte“ durchgeführt haben und zahlreiche tolle Projekte gefördert haben.

Dadurch wurde die Vielfalt weiter ins Land getragen, und die Aufmerksamkeit der Bürgerinnen und Bürger auf dieses wichtige Thema gelenkt.

Öffentliche Debatten sind wichtig, notwendiger denn je, wenn sich die Parolen der Rechtspopulisten anschaut.

Die Ablehnung von Genderthemen, Geschlechtergerechtigkeit, gleichgeschlechtliche Lebensweise und sexuelle Vielfalt gehören zu den Grundsäulen der rechtspopulisten.

Es werden bewusst Ängste geschürt, Unwahrheiten verbreitet – deshalb ist Information, Diskussion und Gespräch so wichtig – und dazu leistet der Aktionsplan ganz wichtige Dienste.

Und solange ich regelmässig noch solche mails bekomme:

Hallo Frau Lösch,

die Toleranz geht einfach zu weit. Homo, Lesben und andere krankhafte Störungen müssen bekämpft werden. Es gibt hierfür einen Arzt, der solche seelische Fehlentwicklungen behandelt. Vielfalt darf niemals geduldet werden und muss bekämpft werden.

Solange werden wir gemeinsam für eine offene und vielfältige Gesellschaft, in der jede und jeder diskriminierungsfrei leben kann, kämpfen.